

Rede bei der Reutlinger Demo für Demokratie und Menschenrechte am 26.01.2024

*Pfarrer Dr. Joachim Rückle, Geschäftsführer Diakonieverband Reutlingen,
Vorsitzender der Liga der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Reutlingen*

Liebe Freundinnen und Freunde unserer Demokratie und der Menschenrechte,
es ist beeindruckend, so viele Menschen hier zu sehen, die eines miteinander verbindet: Dass sie diese Demokratie und damit die Menschenrechte als Grundlage unseres Zusammenlebens verteidigen und mitgestalten wollen.

Egal wo wir hinschauen in dieser Welt: In immer mehr Ländern werden Menschenrechte mit Füßen getreten und die Grundpfeiler der Demokratie eingerissen: Die Unabhängigkeit der Justiz und die freie Meinungsäußerung. Immer unverhohlener, lauter und brutaler artikuliert sich Menschen verachtender Rassismus und Antisemitismus. **Viel zu lange wollten wir in Deutschland das alles nicht so recht wahrhaben. Jetzt ist es Zeit aufzuwachen.** Denn das, was die AFD mit Migranten machen will, das ist keine billige Propaganda, das ist brutaler Ernst ohne Rücksicht auf Verluste. Völkische Ideologie verkleidet in Bürokratensprech. Beklatscht von immer mehr Menschen auch hier in Reutlingen.

Schon seit einiger Zeit hat die AFD und ihre Propaganda erheblichen Einfluss auf die politische Agenda, vor allem beim Thema Asyl und Migration. Ohne die AFD und ihre Gesinnungsgenossen in Europa gäbe es keine solchen Verschärfungen wie sie unlängst in Brüssel und Berlin beschlossen wurden. Diese stehen im klaren Widerspruch zu den Menschenrechten und werden keines der Probleme lösen, die es ja ohne Zweifel durch den Zuzug so vieler Menschen gibt.

Immer offensichtlicher ist, wie die AFD, aber auch andere populistische Parteien mit allen Mitteln versuchen, das Vertrauen in unsere Demokratie zu zerstören. Mit billiger Stimmungsmache, Polemik und Verschwörungsmysmen etwa der vom großen Austausch. **Die AFD macht das, was in Krisenzeiten schon immer gang und gäbe war. Sie sucht nach Schuldigen und macht Stimmung gegen sie.** Gegen Flüchtlinge und Migranten, gegen die etablierten demokratischen Parteien, gegen die EU und gegen unsere freien und kritischen Medien. **Sie leugnet damit die eigentlichen Herausforderungen, denen wir uns in Deutschland und weltweit**

stellen müssen: Die Klimakatastrophe, die Alterung unserer Gesellschaft und der damit verbundene Mangel an Arbeitskräften, die Zunahme sozialer Ungleichheit, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, unsere marode Infrastruktur, unsere Bildungsmisere, die wachsende Unsicherheit internationaler Beziehungen. All dies blenden die Rechtspopulisten in ihrer nationalistischen und menschenfeindlichen Agitation aus. Sie punkten damit bei allen, die diese Probleme ebenso wenig wahrhaben wollen.

Diese Ignoranz sozialen Fragen gegenüber ist freilich nicht nur ein Problem der AFD. Sie ist auch seit vielen Jahren ein Problem unserer Regierungspolitik. Wer vorwiegend das eigene Klientel bedienen will und sich von finanzstarken Lobbygruppen beeindrucken lässt und wer die sozialen Folgen der eigenen Entscheidungen nicht von Anfang an mitbedenkt, der schwächt das Vertrauen in unsere Demokratie und unseren Sozialstaat. Siehe die aktuelle Diskussion um das Klimageld. **Wer gegen die AFD demonstriert, der muss auch offen über die eigenen Versäumnisse und die eigene Verantwortung reden.**

Angesichts der riesigen Herausforderungen sind wir ja alle gefordert. Die merkwürdige Mischung aus Ignoranz, Sathheit und Bequemlichkeit muss ein Ende haben. Für die großen Fragen dieser Zeit gibt es keine einfachen und schnellen Antworten. Die können wir auch nicht einfach an irgendwelche Profis delegieren. Hier braucht es den gemeinsamen Willen zu einer ehrlichen Analyse und zur gemeinsamen Formulierung wesentlicher Ziele. Beides geht nur, wenn wir uns darin vergewissern, was unsere zentralen Werte sind. **Wollen wir, dass die Menschenrechte und unser Grundgesetz - beides formuliert nach dem unendlichen Leid eines von Deutschland begonnen Weltkrieges - weiterhin Maßstab für unser politisches und gesellschaftliches Handeln sind? Wollen wir das? Wollt ihr das?**

Wenn wir das wollen, dann müssen wir viel mehr miteinander darüber reden, wie wir diesem Anspruch heute gerecht werden. Sei es beim Recht auf Asyl oder beim Menschenrecht auf eine menschenwürdige Existenz.

Im Bündnis für Menschenrechte suchen wir deshalb jeden Samstag auf der Wilhelmstraße das Gespräch mit Passanten. Mit jedem Gespräch entsteht etwas von dem, was wir so dringend brauchen: Vertrauen und das Gefühl von Zugehörigkeit. Wir freuen uns über alle, die mitmachen.

Und so schließe ich mit einer großen Bitte an sie, an euch alle: Sucht dieses Gespräch, hört zu, fragt nach, zeigt Haltung, geht wählen und engagiert euch.